Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/7711

Sperrfrist: Beginn der Rede

Rede

von Innenministerin Magdalena Finke

Finanzausschuss 26.10.2026

Beratungen über den Haushaltsentwurf 2027

Anrede,

der Zuschussbedarf des MIKWS hat sich in Summe unter Berücksichtigung der Einsparungen aus der Konsolidierungstranche IV mit dem Haushaltsentwurf 2027 gegenüber dem Jahr 2026 um 20,9 Mio. € auf 767,4 Mio. € verringert.

Der Konsolidierungsbeitrag beinhaltet insbesondere die Anpassung an Ist-Zahlen und die Erhöhung der Einnahmen bzw. Gebühren, wie zum Beispiel im LVermGeo oder im Glücksspielbereich. Auch im Bereich der Ausgaben erfolgte eine Anpassung an die Ist-Zahlen, insbesondere bei der Infrastrukturrichtlinie. Diese Anpassung wurde hier im Ausschuss bereits im Rahmen der Beratungen zum vergangenen Haushalt gefordert. Diese haben wir umgesetzt und

den Ansatz auf die mit den zu erwartenden Anträgen einhergehenden Zinssubventionen reduziert.
Wie im HH 2026 vorgeschlagen und auch beschlossen, sieht auch der HHE 2027 vor, die Zuführung zu dem Zweckvermögen Soziale Wohnraumförderung durch den Förderfonds zu kompensieren.
Darüber hinaus waren weitere Einsparungen zu erbringen, grundsätzlich 15 % im Sachkostenbudget sowie 5 % im Personalkostenbudget, wobei Polizei und Verfassungsschutz hiervon ausgenommen wurden. Die Einsparungen belaufen sich auf insgesamt rd. 5,9 Mio. €. Das Innenministerium hat sich entschieden, einzelne Ausgaben - z.B. aus Feuerschutzsteuermitteln oder für die Landtagswahl – nicht zu reduzieren; wie gesagt teilweise geht das auch nicht, dies führt zu prozentual höheren Einsparungen bei den verbleibenden Titeln, im Schnitt 24 Prozent.

Natürlich haben wir trotz aller Konsolidierungsanstrengungen auch Schwerpunkte gesetzt.

Für die Durchführung der Landtagswahl im kommenden Jahr sind 1,2 Mio. € eingeplant, davon 0,3 Mio. € für eine Monitoring- und Reaktionsstrategie zu wahlbezogenen Falschinformationen.

Mit Hochdruck treiben wir die Erweiterung der Landesfeuerwehrschule in Rendsburg auf der bislang von der Jugendfeuerwehrzentrum gGmbH genutzten Liegenschaft voran.

Hierzu konnten bereits einvernehmliche Vereinbarungen mit allen Beteiligten geschlossen werden.

Um mehr bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein zu schaffen, wollen wir die Mittel im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung **für Darlehen** erneut erhöhen. Die Rekordförderung in Höhe von 400 Mio. € einschließlich der Bundesmittel könnte damit auch im kommenden Jahr auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt werden.

Besonders am Herzen liegt mir die Sicherheit durch und für unsere Landespolizei. Daher wird im kommenden Jahr die Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten weiter verbessert. Dafür sind rund 17,4 Mio. € vorgesehen, davon 7,1 Mio. € für das Jahr 2028. Geplant ist insbesondere die Anschaffung von neuen, moderneren Schutzwesten, Helmen und Schilden sowie Waffen für die Spezialkräfte. Auch für die weitere Einführung von DEIG sind Mittel vorgesehen.

Darüber hinaus werden für die Beschaffung von Dienst-Fahrzeugen zusätzlich 0,8 Mio. € veranschlagt; somit stehen jährlich 11,1 Mio. € zur Verfügung.

Um die elektronische Aufenthaltsüberwachung auf den Bereich der polizeilichen Gefahrenabwehr ausweiten und auch um Frauen besser vor Gewalt schützen zu können, ist eine Erhöhung der

Ausgaben für die "Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder" in Hessen um 0,2 Millionen Euro vorgesehen.

Daneben werden für den Aufbau der 2. Einsatzhundertschaft der Polizei die letzten noch ausstehenden 33 Planstellen von insgesamt 123 eingerichtet sowie 18 Planstellen und Stellen für Cyberermittlungen und -analysen zum weiteren Aufbau der Cyberhundertschaft zur Verfügung gestellt.

Im Einzelplan 16 ist für Baumaßnahmen zur Erweiterung und Verbesserung der Bundesstützpunkte Rudern in Ratzeburg und Segeln in Kiel-Schilksee eine Beteiligung des Bundes in Höhe von voraussichtlich fast 5,5 Mio. € vorgesehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.